

1 Einleitung

„Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu bestimmen steht von jeher im Zentrum gesellschafts- und politikwissenschaftlicher Theoriebildung und Analyse. Man könnte also meinen, daß sich die Staatstheorie auf vergleichsweise sicherem Terrain bewegt. Doch tatsächlich gibt es keine konsistente Theorie des modernen Staates, sondern bestenfalls eine Mehrzahl von mehr oder weniger in sich stimmigen, zudem normativ bzw. meta-theoretisch kontroversen staats-theoretischen Ansätzen, von denen wiederum eine Vielzahl von Teiltheorien abgeleitet sind“ (Esser 1995, S. 733). Diese Feststellung von Esser lässt sich ohne weiteres zur Charakterisierung des aktuellen allgemeinen Forschungsstandes zum modernen Staat heranziehen. Denn auch 2012 ist keine politikwissenschaftliche Theorie des Staates in Sicht, die allgemein akzeptiert wäre oder auch nur den Status eines in der wissenschaftlichen Gemeinde durchgesetzten Paradigmas beanspruchen könnte. Obwohl sich die Politikwissenschaft täglich mit Gegenständen beschäftigt, die ohne Staat nicht in der Form denkbar sind, wie wir sie heute in „der Politik“ antreffen, bereitet die Frage, was „der Staat“ ist, dieser Wissenschaft nach wie vor große Probleme. Weniger unstrittig als dieser Befund dürfte die Frage sein, was für die Politikwissenschaft aus dem Fehlen einer „konsistenten Theorie des modernen Staates“ folgt. Streng positivistische Ansätze müssen darin eine zentrale Schwachstelle der gesamten politikwissenschaftlichen Forschung sehen, so als wolle man die Bewegung der Planeten analysieren, ohne sich eine Vorstellung von der Schwerkraft zu machen.

Die meisten politikwissenschaftlichen Ansätze sehen das Theoriedefizit in Sachen Staat jedoch eher gelassen. Erstens ist es ja nicht so, dass es nicht eine Reihe von Staatstheorien gäbe, die in unterschiedlichen Kontexten ihre Qualität als Ausgangspunkt für empirische Analysen bereits unter Beweis gestellt haben. Die Frage, welches Staatsverständnis einer politikwissenschaftlichen Analyse zugrunde liegt, ist daher in etwa auf der gleichen Ebene anzusehen, wie die Frage, welche mikrotheoretischen Annahmen über die Motive der Politiker gemacht werden: Es ist eine grundlegende Frage, die den weiteren Verlauf des individuellen Forschungsdesigns bestimmt, die sich aber nicht objektiv beantworten lässt, sondern eben von der gewählten Methode abhängig ist. Von diesem post-positivistischen Standpunkt aus kann man „den Staat“ auch als wenig sinnvolle wissenschaftliche Kategorie ansehen, die die Analyse eher behindert als voran bringt.

Um einen genaueren Überblick über die Rolle des modernen demokratischen Staates als Thema der Politikwissenschaft zu bekommen, bietet sich eine erste quantitative Analyse der einschlägigen Literaturdatenbanken an. Untersucht wurde die Häufigkeit von Artikeln im Social Science Citation Index (SSCI) und in der Datenbank SCOPUS, die die den Themen „State Theory“ und „Modern State“ zugeordnet sind.¹

¹ Da das Wort „State“ im englischen viele Bedeutungen hat, war es nötig, ein zweites Wort anzuschließen. Beschränkt man sich zudem auf politikwissenschaftliche (bzw. bei SCOPUS auf sozialwissenschaftliche) Artikel, so entsteht ein erster brauchbarer Überblick.

Tabelle 1: State Theory und Modern State in Literaturdatenbanken

	„State Theory“ SSCI ^a	„Modern State“ SSCI ^b	„State Theory“ SCOPUS ^c	„Modern State“ SCOPUS ^d	„State Theory“ Journals ^e	„Modern State“ Journals ^f
1960-1964	0	1	0	0	0	1
1965-1969	0	5	0	1	0	3
1970-1974	0	7	0	0	0	2
1975-1979	0	11	3	2	0	6
1980-1984	2	17	5	7	0	6
1985-1989	0	14	5	14	0	3
1990-1994	8	15	7	14	1	4
1995-1999	9	27	44	79	3	5
2000-2004	5	15	59	112	0	3
2005-2009	18	20	80	227	1	1

^aTopic „State Theory“, Political Science im SSCI

^bTopic „Modern State“, Political Science im SSCI

^cTITLE-ABS-KEY(„state theory“) AND SUBJAREA(SOCI), nur Resultate der Kategorie „Social Science“

^dTITLE-ABS-KEY(„Modern State“) AND SUBJAREA(SOCI), nur Resultate der Kategorie „Social Science“

^eSSCI, Topic „State Theory“ AND Publication Name „POLITICAL QUARTERLY OR POLITICAL RESEARCH QUARTERLY OR POLITICAL SCIENCE OR POLITICAL SCIENCE QUARTERLY OR POLITICAL STUDIES OR POLITICAL THEORY OR POLITISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT“

^fSSCI, Topic „Modern State“ AND „...“

Quelle: SSCI, SCOPUS, eigene Berechnung

Die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit dem modernen Staat hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Geht man vom SSCI aus, dann entsteht das Bild, dass es in den 1980, Ende der 1990 und in den letzten Jahren eine verstärkte politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Staatstheorie und dem modernen Staat gegeben hat. Dies ließe sich darüber erklären, dass zu Beginn der 1980 ein Trend einsetzte, der schließlich unter dem Motto „Bringing the State Back In!“ (Evans/Rueschemeyer/Skocpol 1996) die Politikwissenschaft stark prägte. Mitte der 1990er Jahre setzt dann die Globalisierungsdebatte ein, die von einem Rückzug des Staats ausgeht (vgl. Baldwin 1997, Esping-Andersen 1994, Held 1995, Helleiner 1999, Zürn 1998, Smith 1999). Für die letzten Jahre könnte man dann von einer „Wiederentdeckung“ des Staats ausgehen (vgl. Altman 2009, Bußjäger 2007, Berg-Schlosser 2007, Wolf 2007, Hegelich/Schubert 2008).

Dieses Bild bestätigt sich aber nicht, wenn man anstelle des SSCI die sozialwissenschaftliche Datenbank SCOPUS zur Analyse heranzieht. Hier ergibt sich das Bild einer allgemeinen Zunahme der Veröffentlichungen zu den Themen Staatstheorie und moderner Staat.

Noch anders sieht der quantitative Überblick aus, wenn man ein konstantes Sample an politikwissenschaftlichen Zeitschriften untersucht. In den Zeitschriften *Political Quarterly*, *Political Research Quarterly*, *Political Science*, *Political Science Quarterly*, *Political Studies*, *Political Theory* und *Politische Vierteljahresschrift* werden die Themen Staatstheorie

und moderner Staat über die Jahre immer wieder aufgegriffen. Dabei bestätigt sich die Ballung für die Jahre 1980-1984 und 1995-1999 nicht aber für 2005-2009. Zudem ist die Fallzahl extrem gering, so dass einzelne Veröffentlichungen das Gesamtbild bestimmen. Interessant ist, dass die Politische Vierteljahresschrift (PVS) das Journal mit den meisten Treffern ist.

Fasst man diese drei unterschiedlichen Befunde zusammen, so entsteht folgendes Bild: 1. Das sozialwissenschaftliche Interesse an Staatstheorie und dem modernen Staat scheint kontinuierlich zu wachsen. Die SCOPUS-Daten, die keine Unterscheidung innerhalb der Sozialwissenschaften zulassen, legen diesen Schluss zumindest nahe. 2. In der Politikwissenschaft nimmt die Beschäftigung mit diesen Themen ebenfalls zu, allerdings zyklisch. Zumindest legt der SSCI diesen Schluss nahe. Dabei sollte auch bedacht werden, dass es beim SSCI nicht bloß um eine rein quantitative Darstellung geht, sondern ein qualitativer Anspruch hinsichtlich der Bedeutung der Arbeiten für die Sozialwissenschaften intendiert ist. Zudem entsteht der Eindruck, dass das theoretische Interesse wichtiger wird. 3. Die Frage nach Staatstheorie und dem modernen Staat führt dennoch in der Politikwissenschaft insgesamt ein deutliches Nischendasein. Die sechs untersuchten Zeitschriften veröffentlichen im Durchschnitt der letzten 50 Jahre 0,13 Artikel zu den Themen pro Jahr. Die Zunahme der Veröffentlichungen insgesamt scheint daher mit einer deutlichen Zunahme der von den Datenbanken erfassten Quellen einherzugehen.

Vom Standpunkt der Disziplin hat die Beschäftigung mit dem modernen Staat somit zwar durchaus ihre Berechtigung. Es wäre jedoch aus der Perspektive der Selbstwahrnehmung der Politikwissenschaft sicherlich nicht berechtigt, in der Frage nach dem modernen Staat ein Thema von aktuell herausragender Bedeutung zu sehen.

Anstatt also an dieser Stelle eine allgemeine „Rückkehr des Staats“ auszurufen und Hinweise aufzuzählen, die für eine Hinwendung des Faches zu dem Thema Staat stehen könnten oder gar zu behaupten, die Politikwissenschaft bräuchte nichts dringender als eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Staat, soll im Folgenden die persönliche Motivation hervorgehoben werden, die den Autor veranlasst hat, sich in der intensiven Weise einer Monographie dem Thema zu widmen.

Im Mittelpunkt steht dabei die Suche nach übergeordneten Zusammenhängen. Denn es ist erstaunlich, wie weit sich die empirische Politikwissenschaft von der politischen Theorie entfernt hat. In der angewandten Politikwissenschaft scheint der Begriff der Theorie beinahe verschwunden zu sein. Eher verfolgt man einen „Ansatz“ bedient sich eines „Theoriemixes“ oder besten Falls einer „Theorie mittlerer Reichweite“. In der Regel ist aber der Werkzeugkasten der Methoden, mit denen man sich seinem Gegenstand nähert, wesentlich wichtiger als der theoretische Ausgangspunkt. Umgekehrt gelingt es der politischen Theorie nur selten, in der empirischen Forschung anzugelangen. Selbst da, wo sich theoretische Konzepte etablieren – wie z. B. im Fall der „deliberativen Demokratie“ (Habermas 1998a, Kräger 2005, Staats 2004, Elster 1998) fällt die Einbindung in die empirische Forschung schwer und bleibt auf wenige rühmliche Ausnahmen beschränkt (u. a. Steiner 2004, Teague 2001) auch wenn die Notwendigkeit der Verbindung explizit hervorgehoben wird (Fischer 2007, Hajer 2003). Der Befund der Distanz zwischen Theorie und Anwendung in der Politikwissenschaft ist also einerseits nicht von der Hand zu weisen. Andererseits gibt es eine Unzahl von politikwissenschaftlichen Arbeiten, die genau diese Distanz in ihrem jeweiligen Feld zu überwinden suchen. Nahezu jede Dissertation in Politikwissenschaft wird entweder aus den empirischen Ergebnisse Rückschlüsse auf die Theorie ziehen oder umgekehrt auf-

zeigen, wie die theoretische Weiterentwicklung in empirischer Forschung münden könnten. Der Befund der zu überbrückenden Distanz ist für sich genommen daher wenig spezifisch und in dieser Allgemeinheit auch wenig innovativ. Er ist nicht einmal spezifisch politikwissenschaftlich, wie Schubert anmerkt: „Ist es denn tatsächlich so, dass unsere wichtigsten Nachbardisziplinen, diejenigen die zu unserem Bestand an Theorie beitragen, in jüngster Zeit so wesentlich mehr zur Entwicklung des jeweiligen theoretischen Verständnisses beigetragen haben? Wo sind denn die großen theoretischen Entwicklungsschritte in unseren Nachbardisziplinen, solche, die über den Ausbau von Bereichs- oder Theorien mittlerer Reichweite hinausgehen [...]?“ (Schubert 2003, S. 1).

Um aber auf „den Staat“ als Forschungsgegenstand zu kommen, müssen schon ein besonderes Theorieverständnis und ein spezifischer empirischer Zugang vorliegen. Im Falle dieser Arbeit ist einerseits die Begeisterung für die „großen Theorien“, die alles in ein in sich logisches System einordnen, sei es dialektisch entwickelt wie bei Hegel (Hegel 1970 oder Hegel 1971a und Hegel 1971b) und Marx (Marx 1972a) oder konstruktivistisch wie bei Wendt (Wendt 1999). Selbst der Dekonstruktivismus von Derrida ist ein schlüssiges System in dem Sinne, dass wenige Annahmen so konsequent entwickelt werden, dass sich ein besonderer theoretischer Zugang zur Welt ergibt (Derrida 1974), auch wenn Derrida selbst dies vermutlich vehement bestritten hätte. Wollte man eine „große Theorie“ ausarbeiten, die in ähnlicher Weise den Gegenstandsbereich, den wir gewohnheitsmäßig als Politik bezeichnen, strukturiert, wo müsste der Anfang sein und welches Prinzip würde sich für eine solche Ordnung eignen?

Auf der anderen Seite ist der Ausgangspunkt der vorliegenden Beschäftigung mit „dem Staat“ die Policy-Analyse. Hier liegt der Teufel im wahrsten Sinne des Wortes im Detail. Die konkreten Positionen der Akteure bestimmen den Korridor möglicher Reformen (Hegelich 2006a, Hegelich 2006b), bei der Formulierung von Gesetzen wird um jedes Wort gerungen (Hegelich 2010) und häufig sieht der untersuchte Fall bei näherer Betrachtung der Kategorie, für die er in der politikwissenschaftlichen Theorie steht, kaum mehr ähnlich (Hegelich/Schubert 2008). Die realexistierende Politik erscheint also als höchst komplex, heterogen und in ständiger Bewegung: „Aus den nahezu unendlichen, nicht determinierten Möglichkeiten der Verknüpfung von 'Einzelnem' zu Konfigurationen von immer Neuem, Werdendem, Innovativem entsteht eine außerordentliche Dynamik“ (Schubert 2003, S. 34). Was aber wäre, wenn die vielen Linien, die das Bild der wirklich stattfindenden Politik zeichnen, in einem Fluchtpunkt zusammen liefen, wenn man nur die richtige Perspektive fände?

Die vorliegende Arbeit begibt sich auf die Suche nach einer solchen Perspektive. Sie beschreibt den Weg, ohne aber behaupten zu können, das Ziel erreicht zu haben. Es wird keine konsistente Theorie des modernen Staats präsentiert. Stattdessen werden in theoretischen und empirischen Analysen Hinweise gesammelt, wie der moderne Staat zu greifen wäre. Denn die These der vorliegenden Arbeit ist, dass der moderne Staat tatsächlich dieser „Fluchtpunkt“ ist, der geeignet wäre, die Politikwissenschaft als ein theoretisches System im oben genannten Sinne auszubauen.

Dabei wird von zwei Annahmen ausgegangen. Erstens: Ein Staatsbegriff mit Relevanz muss die spezifische historische, kulturelle und ökonomische Form beschreiben, die sich seit dem Ende des Sozialismus zum historischen Leitbild aller Staaten entwickelt hat: der moderne demokratische Staat nach „westlichem Vorbild“, basierend auf einer Marktwirtschaft.

Zweitens: Ein solcher Staatsbegriff muss notwendig widersprüchlich sein, weil die Welt der modernen demokratischen Staaten eine von politisch etablierten Widersprüchen ist.

Beide Thesen verstehen sich nicht von selbst. Sucht man eine politikwissenschaftliche Staatsdefinition, wird man z. B. nicht um das klassische Zitat von Weber herumkommen: „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ (Weber/Winckelmann 2002, S. 822). Häufig wird hierbei allerdings übersehen, dass Weber explizit eine Definition für *den Staat*, unabhängig von allen historischen Formen sucht. „Vom Standpunkt der soziologischen Betrachtung ist ein »politischer« Verband und insbesondere ein »Staat« nicht aus dem Inhalt dessen zu definieren, was er tut. Es gibt fast keine Aufgabe, die nicht ein politischer Verband hier und da in die Hand genommen hätte, andererseits auch keine, von der man sagen könnte, daß sie jederzeit, vollends: daß sie immer ausschließlich denjenigen Verbänden, die man als politische, heute: als Staaten, bezeichnet oder welche geschichtlich die Vorfahren des modernen Staats waren, eigen gewesen wäre. Man kann vielmehr den modernen Staat soziologisch letztlich nur definieren aus einem spezifischen Mittel, das ihm, wie jedem politischen Verband, eignet: das der physischen Gewaltsamkeit“ (Weber/Winckelmann 2002, S. 821-822). Selbst bei der Definition des modernen Staats verweist Weber also explizit auf das Mittel, welches den modernen Staat mit „jedem politischen Verband“ gleichmacht. Erst in den folgenden Bestimmungen – die aber nicht als die „Standarddefinition“ des Staats zitiert werden – entwickelt Weber aus dieser allgemeinen Bestimmung die spezifische Form des modernen Staats. Dabei steht für Weber die Frage im Mittelpunkt, wer über die „sachlichen Betriebsmittel der Herrschaft“ verfügt. „Für unsere Betrachtung ist also das rein Begriffliche festzustellen: daß der moderne Staat ein anstaltsmäßiger Herrschaftsverband ist, der innerhalb eines Gebietes die legitime physische Gewaltsamkeit als Mittel der Herrschaft zu monopolisieren mit Erfolg getrachtet hat und zu diesem Zweck die sachlichen Betriebsmittel in der Hand seiner Leiter vereinigt, die sämtlichen eigenberechtigten ständischen Funktionäre aber, die früher zu Eigenrecht darüber verfügten, enteignet und sich selbst in seiner höchsten Spitze an deren Stelle gesetzt hat“ (Weber/Winckelmann 2002, S. 824). Ein Staat im vielzitierten Sinne wäre also auch ein feudalistisch organisierter politischer Verband. Ein moderner Staat hingegen *trennt* die Mitglieder der Gesellschaft von den „sachlichen Betriebsmitteln der Herrschaft“ und konzentriert diese in der Hand eines „anstaltsmäßigen Herrschaftsverbandes“.

Ein weiterer deutlicher Hinweis auf die besondere historische Form des modernen Staats findet sich, wenn man den Staat nicht isoliert von der Gesellschaft betrachtet. Hier ist es besonders Dahrendorf, der auf den Zusammenhang von Modernität und der Entwicklung des modernen Staats verwiesen hat. „In ihrem gesellschaftlichen Aspekt läßt sich die Revolution der Modernität in einem einzigen Wort resümieren. Das Wort heißt 'Staatsbürger'. [...] Die Charaktermaske des Staatsbürgers berechtigt ihren Träger zunächst zur Teilnahme. Bürgerrechte sind Teilnahmechancen. [...] Insofern ist die Staatsbürgerrolle ein Element der Freiheit; sie erlaubt ihrem Träger jene Entfaltung der eigenen Person, die zumindest den Vielen durch die Geschichte hin versperrt blieb“ (Dahrendorf 1965, S. 79).

Der moderne Staat ist also nicht getrennt von seiner historischen Form zu betrachten. Dass diese historische Form alternativlos mit „Demokratie“ verbunden ist, hebt Offe besonders eindeutig hervor: „politics is generated by democratic sovereignty and can only expect to be obeyed if it refers to this origin. There is, in other words, 'no alternative' to

liberal democracy. [...] not in the sense that there are alternatives still in existence but which have been rejected as less worthy of being considered valid when compared with liberal democracy, as based on universal, free, and equal adult suffrage. Instead, the opposite is the case: such an alternative no longer exists in modern societies. Democracy, therefore, does not resemble an elected constitutional form (that could consequently be changed by election), but rather an ineluctable fact“ (Offe 1996, S. 89-90).

Zugleich verweist Offe in dem Zitat darauf, dass der moderne demokratische Staat nicht widerspruchsfrei gedacht werden kann. Denn ausgerechnet das Prinzip Demokratie, also die Form, die die Entscheidungsfreiheit der Bürger zur Geltung bringt, kann selbst nicht als Entscheidung angesehen werden, sondern ist ein „unvermeidliches Faktum“. Dass diese Bestimmung treffend ist, kann z. B. in eindrucksvoller Weise am politischen System der Bundesrepublik Deutschland demonstriert werden, das verschiedenste Mechanismen enthält, die die Demokratie vor einer „Abwahl“ bewahren soll. „Der Verfassungskonsens war überwiegend auf Machtbalance und Stabilitätssicherung aus: Die horizontale und die vertikale Gewaltenteilung (Föderalismus) und die Sicherung vor Machtmissbrauch des Staatsoberhauptes (geringe Rolle des Bundespräsidenten bei der Regierungsbildung und der Parlamentsauflösung, das Fehlen von Notstands- und Sonderrechten, wie sie der Weimarer Reichspräsident hatte, der misstrauische Modus der Wahl durch die Bundesversammlung, in der das föderative Element auf Kosten des plebiszitären gestärkt wurde) bildeten Schwerpunkte des Konsensus. Die Beschneidung der 'Willkür parlamentarischer Mehrheiten' (konstruktives Misstrauensvotum, erschwerte Bedingungen für die Vertrauensfrage) flankierten das Misstrauen gegen den Bundespräsidenten“ (Beyme 2004, S. 38).

Fraglich ist allerdings wie die Alternativlosigkeit des modernen demokratischen Staats zum Prinzip der Demokratie selbst passt. „Demokratie ist die Verlängerung der individuellen Selbstbestimmung in den Bereich kollektiver Entscheidungen hinein; sie konkretisiert sich in der Beteiligung der Individuen an den Entscheidungen, von denen sie betroffen, denen sie unterworfen sind“ (Abromeit 2004, S. 78). Offenbar handelt es sich also um eine Selbstbestimmung, in der das Prinzip nicht selbst bestimmt werden kann, nicht einmal durch eine demokratische Mehrheit.

Gerade politikwissenschaftliche Definitionen von Demokratie blenden solche immanenten Widersprüche in der Regel aus. Bei Downs heißt es etwa: „A democracy is a political system that exhibits the following characteristics: a) Two or more parties compete in periodic elections for control of the governing apparatus. b) The party (or coalition of parties) winning a majority of votes gains control of the governing apparatus until the next election. c) Losing parties never attempt to prevent the winners from taking office, nor do winners use the powers of office to vitiate the ability of losers to compete in the next election. d) All sane, law-abiding adults who are governed are citizens, and every citizen has one and only one vote in each election“ (Downs 1957, S. 137). Von diesen Annahmen her kann Downs dann seine berühmte These ableiten, dass Politiker ihr Handeln völlig an dem Ziel ausrichten ins Regierungsamt zu kommen respektive dort zu bleiben. Dies nennt Downs dann eine rationale Theorie der Politik. Nur wenn es in der Demokratie tatsächlich einfach darum ginge, möglichst ewig im Amt zu bleiben, wieso sollten dann Politiker oder Parteien die Annahmen von Downs akzeptieren und – viel wichtiger – wieso sollten die Wähler Politiker als Regierung über sich akzeptieren, wenn diese nur damit beschäftigt sind, ihren eigenen Nutzen in Form von Macht und Diäten zu sichern? Gerade die widerspruchsfreien Definitionen geraten offenbar in Widerspruch mit der Sache selbst.

Im Folgenden soll nun versucht werden, aus theoretischen Debatten und eigenen empirischen Untersuchungen eine Perspektive zu erschließen, die den modernen demokratischen Staat als spezifisch historische Form in seiner Widersprüchlichkeit erfassbar macht.

Den Ausgangspunkt dieser „Spurensuche“ bildet die Auseinandersetzung den Arbeiten des Sonderforschungsbereichs (SFB) „Staatlichkeit im Wandel“ der Bremer Universität, die ohne Frage als die führende Staatsforschung in Deutschland angesehen werden muss. Dabei steht jedoch weniger die Rekapitulation des umfangreichen empirischen Forschungsstandes im Mittelpunkt, den der SFB in den letzten Jahren entwickelt hat. Vielmehr interessieren die theoretischen Zusammenfassungen dieser Ergebnisse. Dabei wird deutlich, dass erstens die theoretische Ausgangsthese einer fundamentalen Veränderung des Modernen Staats im Zuge der Verlängerung des SFB modifiziert wurde zur so genannten „Zerfaserungsthese“ (Leibfried/Zürn 2006, Genschel/Leibfried/Zangl 2007) und dass diese These zweitens durch eine besondere Rhetorik und Metaphorik in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit präsentiert wird. Diese besondere Darstellung erlaubt es, sich der Zerfaserungsthese aus einer dekonstruktivistischen Perspektive heraus zu nähern. Dafür werden insbesondere Parallelen gezogen zu den Arbeiten von Derrida über die Gesetzeskraft (Derrida 1991) und die Wahrheit in der Malerei (Derrida 1992).

Wie jede Dekonstruktion erscheint dieses Vorgehen auf den ersten Blick sehr unver-söhnlich. Und wie so häufig trägt hier der Schein. Denn das Aufzeigen der Widersprüche der Zerfaserungsthese ist erstens ein wichtiger Schritt, um die Widersprüchlichkeit des modernen demokratischen Staats selbst zu erfassen. Darüber wird es zweitens möglich, die umfangreiche empirische Forschung des SFB in die Analyse einfließen zu lassen. Dafür wird im zweiten Teil der theoretischen Auseinandersetzung, aufbauend auf der Kritik der Zerfaserungsthese, ein eigener Ausgangspunkt für einen Begriff des modernen demokratischen Staats (re-)konstruiert. Dabei steht die These im Mittelpunkt, dass sich der moderne demokratische Staat durch eine Dialektik von Dominanz und Partizipation auszeichnet; ein Widerspruch, der den Staat in seiner konkreten historischen Form bestimmt. Um dieses Konzept zu entwickeln setzt sich die Arbeit mit anderen dialektischen Staatstheorien auseinander. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Hegelsche Rechtsphilosophie (Hegel 1970), deren Interpretation durch den Autor in einer Kurzfassung verdeutlicht wird. Erweitert wird diese Perspektive durch die Einbeziehung der Marxschen Kritik der Rechtsphilosophie (Marx 1972b), die allerdings nie zu Ende gebracht wurde. Aus diesen Bausteinen wird dann, unter Zuhilfenahme moderner politikwissenschaftlicher Ansätze, eine Perspektive konstruiert, wie der moderne demokratische Staat dialektisch zu fassen wäre.

Auf dieser theoretischen Basis werden dann die Dimensionen Polity, Politics und Policy dahingehend untersucht, welche neuen Erkenntnisse sich durch die Berücksichtigung der Dialektik von Dominanz und Partizipation ergeben können. Dabei wird deutlich, dass der hier gewählte Ansatz viele Widersprüche der politikwissenschaftlichen Staatstheorie und -empirie tatsächlich vereinbar macht. In Anlehnung an die Fragen, die durch die Arbeiten des SFB „Staatlichkeit im Wandel“ angestoßen wurden, schließt jeder dieser Fälle mit einer Rekapitulation der konkreten Bedeutung von Globalisierung und Europäisierung der Staatlichkeit im entsprechenden Bereich.

In jeder Dimension wurde ein Beispielfall gewählt, um die weitere theoretische Entwicklung unmittelbar mit der realexistierenden Politik zu verknüpfen. In der Polity-Dimension geht es dabei um die „öffentliche Meinung“. Dieser schillernde Begriff ist für die Analyse des modernen demokratischen Staats besonders wichtig, da er den Zusammen-

hang von Politik und Gesellschaft wie kein anderer thematisiert. Anhand der Öffentlichkeitstheorien von Habermas (Habermas 1969), Chomsky (Chomsky 2006), Bourdieu (Bourdieu 1979) und anderen wird die Dialektik von Dominanz und Partizipation dieses Themas verfolgt und dann mit Hilfe des Ansatzes von Hay (Hay 2007) in einen Rahmen für empirische Forschung operationalisiert.

Die eigentliche Analyse der „echten“ Politik beginnt somit streng genommen erst mit der Politics Ebene. Hier wurde als Fallbeispiel die Riesterreform von 2001 gewählt. Der Grund dafür liegt darin, dass diese Reform an anderer Stelle als Idealtypus für einen Politikprozess dargestellt wurde, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet (Hegelich 2008, Lamping/Rüb 2006). Insofern würde man erwarten, dass eine dialektische Perspektive, die den Widerspruch zwischen Dominanz und Partizipation untersucht, an diesem Fall an ihre Grenzen stößt. Das Gegenteil ist aber der Fall: Durch diese Perspektive entsteht ein wesentlich ausgewogeneres Bild als in den bisherigen Arbeiten des Autors zu diesem Thema. Wie bei der Polity-Dimension wird auch dieser Abschnitt mit einer Betrachtung der Auswirkungen von Globalisierung und Europäisierung – in diesem Fall im Kontext der Rentenpolitik – beendet, um so weitere Hinweise für einen Wandel des modernen demokratischen Staats zu bekommen.

Die Policy-Dimension schließlich beschäftigt sich mit der Finanzmarktrettung im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2009 in Deutschland. Auch hier ist bewusst ein Fall gewählt worden, der als Gegenbeispiel zur These der Dialektik von Dominanz und Partizipation dienen könnte. Denn die Finanzmarktrettung in Deutschland hat nicht bloß in weiten Teilen im geheimen – also unter Ausschluss der Öffentlichkeit – stattgefunden, sondern hat zudem das Verhältnis von Staat und Markt spürbar verschoben und wird deshalb auch z. T. mit einer Rückkehr des Staats in Verbindung gebracht. Da in diesem Feld bislang kaum aktuelle empirische Studien vorliegen, wurde hier eine umfangreiche Medienanalyse durchgeführt.² Auch hier zeigt sich, dass sich durch die dialektische Perspektive von Dominanz und Partizipation neue methodische Zugänge entwickeln lassen, die eine empirische Analyse des modernen demokratischen Staats ermöglichen. Wie in den vorangehenden Abschnitten endet der Policy-Teil mit der Frage nach der Relevanz von Globalisierung und Europäisierung, wobei die Aktualität des Themas hier nur erste Vermutungen erlaubt.

Abschließend wird der Versuch unternommen, die gewonnene Perspektive auf den modernen demokratischen Staat in eine Ableitung des Staatsbegriffes zu überführen. Genauer gesagt werden Vorüberlegungen präsentiert, wie eine solche Ableitung, die das dialektische Verhältnis von Dominanz und Partizipation zum Ausgangspunkt hat, gegliedert werden könnte. In acht aufeinander folgenden Paragraphen werden hier die Übergänge von der doppelten Existenz des Bürgers als Privatperson und als Staatsbürger über die Souveränität der Regierung, Recht und Ordnung, den Dienst des Staats an den Privatbürgern, den Dienst des Volkes am Staat, Wirtschaftswachstum als Allgemeinwohl und die öffentliche Meinung bis hin zur ideellen Einheit von Staat und Volk im Begriff der Nation entwickelt. Darauf aufbauend wird gezeigt, wie diese Perspektive sich in der Politikwissenschaft jenseits der Weiterentwicklung einer Staatstheorie bereits einsetzen lässt und welche empirischen Fragen von besonderer Relevanz für die weitere Forschung sind.

² An anderer Stelle wurden erste Teilergebnisse dieser Studie bereits veröffentlicht (Hegelich 2010).

Herrschaft - Staat - Mitbestimmung

Hegelich, S.

2013, VII, 213 S. 10 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01159-8